

Schluss mit den Belehrungen

SPIEGEL- Gespräch mit Kishore Mahbubani, 59, Politikprofessor in Singapur und Uno-Botschafter von Singapur. Er gehört zu den brilliantesten und provokantesten Intellektuellen Asiens.

SPIEGEL: Herr Mahbubani, an Ihrer Hochschule sollen die politischen Führungskräfte Asiens ausgebildet werden. Was erzählen Sie Ihren Studenten über die Demokratie?

Mahbubani: Ich erzähle von ihren Stärken und den Schwächen. Es gibt viele Stärken der Demokratie. Deshalb bin ich der Meinung, dass auf lange Sicht alle Gesellschaften demokratische Gesellschaften werden sollten. Das ist das Langzeitziel. Die Frage ist nur, wie schnell das geschehen soll.

SPIEGEL: Wie wäre es mit: so schnell wie möglich?

Mahbubani: Eben nicht. Der größte Fehler, den Sie aus dem Westen gemacht haben, war zu glauben, dass jede Gesellschaft über Nacht demokratisch werden kann. Egal wo auf der Welt sie sich befindet. Egal in welchem Entwicklungsstadium sie sich befindet.

SPIEGEL: Warum soll das ein großer Fehler sein?

Mahbubani: Das fragen Sie ernsthaft? Millionen Menschen haben unter dem Export der westlichen Demokratie gelitten. Die hat der Westen auf dem Gewissen.

SPIEGEL: Wo haben Menschen unter der Demokratie gelitten?

Mahbubani: In Jugoslawien zum Beispiel. Der Krieg dort hatte sicher mehrere Gründe, aber einer davon war, dass der Westen unbedingt seine Demokratie auf den Balkan exportieren musste. Das hat all die nationalen Kräfte freigesetzt, und Slobodan Milosevic wurde in Serbien zum Präsidenten gewählt: ein Mörder, wie Sie vielleicht mitbekommen haben. Die Folge hieß Genozid. Der Genozid zählt auch zur Bilanz des Demokratie-Exports. Das ist die Wahrheit. Warum müssen Sie trotzdem immer so tun, als würden Sie automatisch Gutes bewirken, wenn Sie irgendwo auf der Welt Demokratie stiften? Das ist Quatsch!

SPIEGEL: Milosevic war kein Produkt der Demokratie, sondern das Produkt eines autoritären Systems. Und er hat nicht demokratisch regiert, sondern autoritär. Kennen Sie Regeln für den Übergang zur Demokratie in Asien?

Mahbubani: Erste Regel: Es sollten immer die betroffenen Menschen darüber entscheiden, ob sie eine Demokratie haben wollen oder nicht. Aber auf keinen Fall andere Staaten. Zweite Regel: Man muss immer die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass eher Böses als Gutes erreicht wird, wenn man Demokratie in einem Land erzwingt.

SPIEGEL: Lehren Sie Ihre Studenten, dass autoritäre Staatsformen unter Umständen besser sein können als demokratische?

Mahbubani: Interessant, dass es in Ihrem Verständnis nur Schwarz oder Weiß gibt, demokratisch oder autoritär.

SPIEGEL: Gibt es Zwischenformen?

Mahbubani: Ja. Uns geht es um verantwortungsbewusste Regierungsführung. Alle Staaten müssen verantwortungsbewusst geführt werden, Entwicklungsländer aber ganz besonders. Ob man das autoritär oder demokratisch macht, ist erst mal nicht so wichtig. Die Form muss zu einer Gesellschaft und zu ihrem Entwicklungsstand passen. China zum Beispiel wird nicht demokratisch regiert, aber verantwortungsbewusst.

SPIEGEL: Das würden die Regimegegner anders sehen. Die müssen damit rechnen, für lange Zeit hinter Gittern zu verschwinden. Nennen Sie das verantwortungsbewusst?

Mahbubani: Jedenfalls können Sie nicht einfach irgendein Rezept von irgendwoher nehmen und es Ländern wie China überstülpen. Es wäre eine Katastrophe für China, wenn es sich über Nacht für die Demokratie entscheiden würde. Hunderte Millionen Menschen würden unter den Folgen leiden.

SPIEGEL: Kann es sein, dass Sie in Wahrheit gar nichts von der Demokratie halten?

Mahbubani: Das ist eine böse Unterstellung. Ich glaube wirklich, dass sich alle Gesellschaften auf lange Sicht für die Demokratie entscheiden. Aber ich weiß nicht, wann das sein wird. Alles braucht seine Zeit.

SPIEGEL: Ihr Heimatstaat Singapur hatte reichlich Zeit. Er ist seit über 40 Jahren unabhängig und wirtschaftlich höchst erfolgreich. Warum gibt es hier noch immer keine Demokratie?

Mahbubani: Was stört Sie denn? Die Regierung von Singapur wird alle paar Jahre demokratisch gewählt, sie ist vom Volk gewollt. Die Menschen in Singapur sind zufrieden mit unserem Gesellschaftsvertrag. Ihnen fehlt offenbar der Respekt für unser Volk und seinen Willen.

SPIEGEL: Das Volk möchte auch die drakonischen Strafen, es will Peitschenhiebe und Todesstrafen?

Mahbubani: Offenbar ja. Und wissen Sie, warum? Weil die Menschen sich sicher fühlen wollen. In New York und in vielen Städten Europas können Sie nachts nicht durch die Straßen laufen. In Singapur schon. Es gibt hier keine Slums, weil wir ein sehr effektives Sozialsystem haben. Die Leute sind mit dem Gesamtpaket zufrieden. Und sie wissen, dass zu diesem Paket auch Einschränkungen gehören. Sie haben sie selbst gewählt, niemand zwingt sie ihnen auf.

SPIEGEL: Wie wichtig ist eine freie Presse?

Mahbubani: Sehr wichtig.

SPIEGEL: Warum ist in Singapur die Pressefreiheit dann eingeschränkt?

Mahbubani: Jede Gesellschaft entwickelt ihre eigene Kultur, ihre eigenen Regeln. In Singapur leben viele Volksgruppen, früher gab es hier heftige Ausschreitungen. Deshalb dürfen Journalisten nichts über ethnische Spannungen schreiben.

SPIEGEL: Eine Gesellschaft sollte in der Lage sein, öffentlich über ihre Probleme zu reden, statt sie totzuschweigen.

Mahbubani: Herzlichen Dank für diesen Ratschlag! Wissen Sie, hier leben vier Millionen Menschen auf einer winzigen Insel. Wir sind einer der fragilsten Staaten der Welt. Ein solcher Staat muss

anders regiert werden als Deutschland oder die USA. Vielleicht respektieren Sie das im Westen endlich mal. Die Zeit der Belehrungen ist vorbei. Es gab mal eine ungewöhnliche Epoche, in der der Westen die Welt dominiert hat, sie kolonialisiert, sie kontrolliert hat. Diese Epoche ist jetzt vorbei. Endgültig. Hört endlich auf, uns zu erzählen, wie wir unsere Gesellschaften organisieren sollen!

SPIEGEL: Sind viele Asiaten so zornig wie Sie?

Mahbubani: Sehr viele. Sie haben es satt, Vorträge aus dem Westen zu hören. Es kotzt sie an. Ich rate meinen Freunden aus dem Westen: Hört auf, es ist in eurem eigenen Interesse!

SPIEGEL: Das klingt wie eine Drohung.

Mahbubani: Es ist eine freundliche Warnung. Es ist besser für den Westen, mit der Mehrheit der Weltbevölkerung zu kooperieren, statt sie von oben herab zu behandeln.

SPIEGEL: Was sollte sich konkret ändern?

Mahbubani: Werdet klüger, werdet einfühlsamer in eurem Verhältnis zum Rest der Welt. Lernt, anderen zuzuhören. Ansonsten wird es jenen Kampf der Kulturen geben, den ihr so fürchtet. Es ist wie in einer Schulklasse. Wenn einer den Rest die ganze Zeit tyrannisiert, entstehen Hass und Zorn. Der Westen war der Klassentyrann der letzten 200 Jahre.

SPIEGEL: Wer hat denn unter den „Belehrungen“ gelitten? Die Völker Asiens oder vielleicht nur ihre politischen Führer, vor allem die politischen Unterdrücker?

Mahbubani: Die Frage ist auch typisch für euch Westler. Ihr kommt auf euren hohen Rössern daher wie die weißen Ritter, Galopp, Galopp, und glaubt, die armen Völker von ihren bösen Führern befreien zu müssen. In Wahrheit verfolgt ihr unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechten nur eure egoistischen Interessen. Wir haben eure Doppelmoral durchschaut.

SPIEGEL: Gut die Menschenwürde eigentlich überall auf der Welt?

Mahbubani: Natürlich. Jeder Mensch soll die gleichen Rechte haben. Keine Diskriminierungen.

SPIEGEL: Wie können Sie dann Staaten verteidigen, die Menschenrechte ganz offensichtlich verletzen?

Mahbubani: Ich kenne keine einzige perfekte Gesellschaft auf der Erde. Deshalb sollte keine Gesellschaft über eine andere richten. Das dürfte nur ein Land, das eine blütenreine Weste hat.

SPIEGEL: Jeder kann doch hinzulernen.

Mahbubani: Natürlich können Verbrecher hinzulernen. Aber man sollte einen solcher Verbrecher nicht zum Richter darüber machen, ob andere kriminell sind. Sonst wer den die anderen sagen: „Du bist kein Richter, sondern Verbrecher. Geh nach Hause.“

SPIEGEL: Inwiefern ist die Bundesrepublik Deutschland ein Verbrecher?

Mahbubani: Können Sie sich noch an die Geheimflüge der CIA erinnern, die Menschen zu Folterungen gebracht haben? Die sind auch auf deutschen Flughäfen zwischengelandet, oder

haben Sie das schon verdrängt?

SPIEGEL: Niemand in Deutschland wusste, was mit den Menschen an Bord geschehen sollte.

Mahbubani: Das glaubt Ihnen hier keiner. Auch Deutschland hat all seine moralische Glaubwürdigkeit verloren und sollte andere nicht über Menschenrechte belehren.

SPIEGEL: War es ebenfalls eine Belehrung, als Kanzlerin Merkel den Dalai Lama in ihrem Amt empfang?

Mahbubani: Das war ein billiges Manöver. Sie wollte gut dastehen, als Kämpferin für die Freiheit. Dafür gibt es viele Bonuspunkte in den westlichen Medien. Mut hat sie damit jedoch nicht bewiesen. Echter moralischer Mut wäre es, wenn Frau Merkel in den Gaza-Streifen ginge und auf das Unrecht dort hinweisen würde. Aber dieser Mut fehlt ihr offenbar. Wenn man andere belehren will, muss man darauf achten, dass man nicht nur die schwachen Länder belehrt, sondern auch die starken.

SPIEGEL: Deutschland kritisiert auch die USA. Die Medien, die Kanzlerin, die Opposition, sie alle haben gegen das Gefangenenlager in Guantanamo protestiert.

Mahbubani: Das war rein rhetorisch, das kann jeder. Wo bleiben die praktischen Konsequenzen? Haben Sie den USA gedroht? Sie hätten Sanktionen gegen Amerika verhängen können, aber das würden Sie nie machen. Ihr müsst euren Einsatz für Menschenrechte mal unter Beweis stellen, wenn es euren eigentlichen Interessen widerspricht. Wenn es unangenehm wird. Deshalb rate ich Ländern wie Deutschland: Shut up! Redet nicht mehr über Menschenrechte!

SPIEGEL: Es gibt mindestens einen großen Unterschied zwischen den Menschenrechtsverletzungen in China und in Guantanamo. Guantanamo ist ein Fehler im System. In China gehören Menschenrechtsverletzungen zum System.

Mahbubani: Aber die Ansprüche an ein hochentwickeltes Land wie die USA müssen höher sein als die an Länder wie China. Guantanamo hat die ganze Menschenrechtsdebatte verändert.

SPIEGEL: Inwiefern?

Mahbubani: Ich kenne viele chinesische Intellektuelle, die oft mit dem Westen über Menschenrechte diskutiert haben. Seit Guantanamo, sagen sie, sei alles leichter. Sie fragen: „Wo ist der Unterschied? Ihr misshandelt Menschen, wir misshandeln Menschen. Wir sind absolut gleich.“

SPIEGEL: Wenn ein westlicher Staat Menschen misshandelt, gibt es eine Opposition, eine freie Presse und eine starke Zivilgesellschaft, die das kritisiert und auf Änderung der Misstände dringt. All das wird in autoritären Staaten unterdrückt.

Mahbubani: Sie meinen also, dass Foltern in Ordnung ist, solange es Pressefreiheit gibt?

SPIEGEL: Nein. Aber Pressefreiheit ist eine wichtige Voraussetzung, um Willkür zu beenden. Eine persönliche Frage: Sie fänden es sicher auch nicht gut, wenn Ihnen jemand die Fingernägel rausreißen würde?

Mahbubani: Natürlich nicht.

SPIEGEL: Wenn Sie in einem Staat leben, der Sie foltert, wären Sie nicht froh, wenn sich zum Beispiel der deutsche Botschafter für Sie einsetzen würde? Oder würden Sie sagen: Wir brauchen Ihre Ratschläge nicht.

Mahbubani: Man sollte keine hypothetischen Fragen beantworten. Wenn jemand gefoltert wird, wird er alles tun, um der Folter zu entkommen.

SPIEGEL: Das rechtfertigt aus unserer Sicht den Einsatz für Menschenrechte weltweit. Niemand, dessen Menschenrechte beispielsweise in China verletzt werden, sollte hilflos bleiben.

Mahbubani: Es gibt natürlich noch schlimme Verbrechen des Staats in China. Aber der Trend ist sehr positiv. In China konnten in den vergangenen Jahren 400 Millionen Menschen der Armut entkommen. Je moderner China wird, desto weniger Menschenrechtsverletzungen wird es geben. Das Entscheidende ist die Richtung, in die das Land sich entwickelt. Und die stimmt, anders als im Westen. Dort ist die Entwicklung negativ.

SPIEGEL: Wie kommen Sie darauf?

Mahbubani: Wegen der Reaktion auf den 11. September. Seit der Westen sich bedroht fühlt, gerät Ihre ganze Freiheitsphilosophie ins Wanken. Plötzlich darf der Staat seine Bürger nach Belieben überwachen. Sie haben Ihre Freiheitsrechte über Bord geworfen. Und niemand schreit auf.

SPIEGEL: Klingt fast so, als wollten Sie jetzt uns belehren. Kann der Westen von Asien lernen?

Mahbubani: Eine Menge. In den vergangenen 200 Jahren war der Austausch von Ideen eine Einbahnstraße. Die meisten guten Ideen kamen aus dem Westen. Jetzt wird es Zeit, dass die Ideen auch in die umgekehrte Richtung wandern.

SPIEGEL: Was sollte der Westen von den Gesellschaften Asiens lernen?

Mahbubani: Zunächst Toleranz. Sie sollten lernen, andere Gesellschaften zu akzeptieren. Dann sehen wir weiter.

SPIEGEL: Herr Mahbubani, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.